

## **Politischer Mittwoch der ÖDP in Landshut 23.03.2016**

### **Rede des Landesvorsitzenden Klaus Mrasek**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der ÖDP, unsere Veranstaltungen unterscheiden sich grundlegend von denen der Konkurrenz. Es geht uns eben nicht um das plumpe Draufhauen, um die größte verbale Entgleisung und um billigen Populismus. Es ist unser Anspruch, dass wir ernste Themen ansprechen, unangenehme Wahrheiten aussprechen und Kritik nicht nur – aber schon vor allem – dem politischen Gegner zusprechen. Und noch einen Anspruch haben wir – den Anspruch, dass Sie am Ende mit neuen Erkenntnissen und Überlegungen nach Hause fahren. Daher freut es mich ganz besonders, dass wir dieses Jahr mit Christian Felber den Mentor der „Gemeinwohl-Ökonomie“ als Gastredner gewinnen konnten. Was bekommen Sie von mir zu hören? Zwei Themen will ich ansprechen – Flüchtlinge und Fluchtursachen und die Krise des Kapitalismus.

#### **Flüchtlinge und Fluchtursachen:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man braucht kein Prophet zu sein, das Thema Flüchtlinge und Fluchtursachen wird auch in Zukunft eine große Rolle spielen, wobei ich mir nicht sicher bin, ob auch die Fluchtursachen in gehöriger Weise ein Thema sein werden.

Es ist eine Tatsache, dass die Hauptakteure USA und Großbritannien mit Unterstützung einer "Koalition der Willigen" durch die desaströsen Folgen des Irakkrieges, aber auch aufgrund verfehlter Unterstützungs- und Sanktionspolitik im Zuge des Arabischen Frühlings zur Instabilität im nahen und mittleren Osten wesentlich beigetragen haben.

Es ist eine Tatsache, dass die etablierte Politik die Flüchtlingssituation jahrelang ignoriert hat.

Es ist eine Tatsache, dass sich gerade Deutschland auf die Dublin-II-Verordnung verlassen und damit die überforderten EU-Mitglieder Italien und Griechenland über lange Zeit sträflich allein gelassen hat.

Es ist eine Tatsache, dass eine konsequente Bekämpfung der Fluchtursachen jahrelang unterlassen wurde. Solange die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien in den Nachbarländern Türkei, Libanon und Jordanien unterkamen, sah sich die EU zu keinerlei Intervention veranlasst.

Die ÖDP bekennt sich zur humanitären Aufnahme der Flüchtlinge. Unser Handeln fußt auf dem christlich-humanistischen Wertekanon unserer Verfassungsordnung. Dabei dürfen die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht überfordert werden nach dem Rechtsgrundsatz, dass niemand über seine Fähigkeiten hinaus verpflichtet werden darf. Die Grenzen dieser Fähigkeiten bemessen sich nach den tatsächlichen Verhältnissen, z. B. an den vorhandenen Unterkünften, am vorhandenen Personal in der Verwaltung, bei Integrationsbeauftragten, Lehrern, Ausbildern, der Justiz und Polizei und der

finanziellen Leistungsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt. Um den Flüchtlingen faire Chancen zu ermöglichen, sind die Asylverfahren bzw. die Verfahren für einen Aufenthaltstitel erheblich zu beschleunigen, so dass sie in einfach gelagerten Fällen innerhalb einer Woche und in schwierigen Fällen innerhalb eines Monats abgeschlossen werden können. Dazu dürfen wir auch die aktive Mitwirkung der Flüchtlinge einfordern. Wir werden auch nicht umhin kommen, Menschen, die in Deutschland bisher ohne Rechtsanspruch geduldet wurden, zur Ausreise zu veranlassen, weil wir die Kapazitäten für Flüchtlinge benötigen, die an Leib und Leben bedroht werden. Und noch ein Grundsatz muss völlig klar sein: Wer als Flüchtling sein Gastrecht missbraucht, um in Deutschland Straftaten zu begehen, verwirkt sein Gastrecht – er muss gezwungen werden, Deutschland und die EU zu verlassen.

Wir Aktive in der ÖDP müssen die Gesellschaft darauf einstimmen, dass die Integration der Flüchtlinge die Megaaufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte sein wird. Dazu gehören einerseits vielfältige Angebote zur Integration und andererseits die Bereitschaft der Flüchtlinge, den Wertekanon unserer Verfassung anzuerkennen. An dieser Stelle danke ich allen freiwilligen Helfern, den Angehörigen der Rettungs- und Hilfsdienste und den Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung, die in unserem Freistaat seit Monaten vorbildliche Flüchtlingshilfe und Integrationsarbeit leisten. Gerade auch in unseren Reihen finden wir hier Vorbilder, beispielhaft möchte ich Johanna Weigl-Mühlfeld aus dem Kreisverband Ebersberg nennen, die sich in besonderer Weise eingesetzt.

Es ist eine Tatsache, dass die Europäische Union in der Flüchtlingsfrage ein trauriges Bild abgibt. Sobald die See rauer wird, fallen die einzelnen Mitgliedsstaaten in nationale Egoismen zurück. Die EU darf aber nicht nur eine Schönwetter-Union sein. Die EU darf nicht nur als Verteilungsgemeinschaft für Subventionen genutzt werden. Die EU ist nur dann eine Gemeinschaft, wenn auch der Lastenausgleich bei den Flüchtlingen fair und solidarisch erfolgt. Die Versorgung bzw. Integration der Flüchtlinge und Asylanten ist eine gesamteuropäische Aufgabe – von der Organisation der Flüchtlingsströme über die Festlegung von Aufnahmequoten, von der Integrationsleistung bis zur Finanzierung. Und die EU braucht ein einheitliches Einwanderungsgesetz und eine gemeinsame Asylgesetzgebung. Das Abkommen der EU mit der Türkei über die Behandlung der Flüchtlinge vom Wochenende ist nur dann akzeptabel, wenn die betroffenen Menschen human und fair behandelt werden. Fast bin ich versucht zu sagen: ...human und fair, wie es üblich ist in der Europäischen Union, die sich ja als Wertegemeinschaft versteht. Leider haben wir im letzten halben Jahr die Brüchigkeit dieser Wertegemeinschaft erfahren müssen. Das Abkommen mit der Türkei sollte daher auch eine Selbstbesinnung der EU einleiten: Was die EU-Europäer von der Türkei erwarten, müssen sie selber auch in der Alltagspraxis zeigen! Man kann nicht die Einhaltung von Werten vorschreiben, wenn man diese Werte selbst allenfalls belächelt und de facto bereits entsorgt hat.

Wohlgemerkt: Alle Mitgliedsstaaten der EU müssen diese Werte zeigen, auch Herr Orban, der Herzensfreund von Horst Seehofer, auch Herr Faymann, der sich vor der FPÖ panisch fürchtet, auch der von der Alleinherrschaft träumende Mächtigen-Putin Herr Kazcinsky und so viele andere, die gerne die Milliarden Euro aus den Strukturtöpfen der EU beanspruchen, aber ein paar Tausend hilfeschende Menschen abweisen. Darauf muss sich unser Augenmerk richten.

Es ist für alle offenkundig, wir haben ein ernstes innenpolitisches Problem. Im braunen Sumpf herrscht Aufbruchsstimmung. Es wittern nämlich Gestalten Morgenluft, die in diesem Sumpf auch gerne hätten untergehen können. Keine Parole, keine Hetzrede wird ausgelassen, um Hass zu schüren und zu Gewalt aufzustacheln. Den bisher niederträchtigsten Beitrag hat AfD-Vorsitzende Frauke Petry geliefert. Sie forderte unverhohlen den Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge. Und als der von ihr wohlkalkulierte Sturm der Entrüstung losbrach, stilisierte sie sich noch zum Opfer der „Lügenpresse“. Meine Damen und Herren, das war kein Missverständnis, das war eine eiskalt kalkulierte Provokation. Wer angesichts eines dramatischen Anstiegs von Straftaten gegen Ausländer, von Brandanschlägen gegen Asylunterkünfte und einer 10-jährigen Mordserie einer rechtsextremistischen Terrororganisation Forderungen nach einem Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge erhebt, stellt sich selbst außerhalb unserer Rechts- und Verfassungsordnung, außerhalb unserer Wertegemeinschaft. Ich erwarte von allen Demokraten, gerade auch von Union und SPD, dass sie mit einer klaren und konsequenten Politik diesen Umtrieben die Grundlage entziehen. Mit Verfassungsfeinden verbietet sich jegliche Zusammenarbeit und das gilt erst recht nach den Ergebnissen der AfD bei den letzten Landtagswahlen.

Der Schusswaffengebrauch in höchster Bedrohung – ich sage das als einer, der auf diesem Gebiet eine sehr ernste berufliche Fachausbildung erhalten hat - ist eine der belastendsten Erfahrungen, die ein Mensch machen kann. Ich wünsche Frau Petry ehrlichen Herzens, dass sie selbst niemals in eine solche Situation kommen möge. Ich bin froh und dankbar, dass unsere geltenden Gesetze mir und meinen Kolleginnen und Kollegen strengste Bedingungen für diese letzte Möglichkeit der Selbstverteidigung und der Gefahrenabwehr auferlegen. Frau Petry irrt, wenn sie sich in ihrer schrecklichen Forderung auf Gesetze beruft. Ein Gesetz, das fordert, auf wehrlose Flüchtlinge zu schießen, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Gott sei Dank! Und ich hoffe, dass es ein solches Gesetz auch niemals geben wird!

Liebe Parteifreunde, in der ganzen Debatte über Flüchtlinge kommt mir der zentrale Punkt - die Bekämpfung der Fluchtursachen - zu kurz. Gerade die CSU erweckt den Eindruck, dass man mit einem Grenzregime an Deutschlands Außengrenzen die Situation lösen könnte. Flucht und Fluchtursachen sind eben gerade kein ausschließliches Thema der Innenpolitik. Flucht und Fluchtursachen fordern die Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.

Ich hoffe, dass es bei den Stoiber-Seehofer-Putin-Gesprächen auch das Thema Syrien gegeben hat. Ich habe eingangs auf die fürchterliche Rolle der US-Seite unter Bush bei der Destabilisierung des Nahen Ostens hingewiesen. Man darf aber nicht verschweigen, dass aktuell die Rolle Russlands und insbesondere des Präsidenten Putin eine ebenso fürchterliche ist. Die Menschen sind aus Aleppo an die geschlossene türkische Grenze geflohen – nicht vor den IS-Sadisten: Sie sind geflohen in berechtigter Panik vor den Fassbomben Assads und vor den Luftangriffen russischer Kampfflieger! Ich hoffe sehr, dass vor der herzlichen Umarmung unser Ministerpräsident auch sehr ernst über Putins Rolle bei der Verschärfung der Fluchtursachen im syrischen Krieg gesprochen hat! Man kann nicht die große Zahl von Flüchtlingen beklagen und Obergrenzen fordern und gleichzeitig darauf verzichten, einen der Haupttäter ins Gebet zu nehmen, wenn man ihn zufällig mal trifft! Leider sieht es aber so aus, dass Russland auf einen militärischen Sieg Assads setzt und weniger auf den in Genf ausgehandelten Waffenstillstand. Es wird

aber nur weniger Flüchtlinge geben, wenn der Waffenstillstand hält und dann Schritt für Schritt zum Frieden in Syrien gefunden wird.

Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller, ebenfalls CSU, hat sich im Gegensatz zu Seehofer intensiv mit den Fluchtursachen beschäftigt. Die ÖDP hat ja extra einen Fan-Club „Gerd Müller“ gegründet, weil der Minister immer so richtige Dinge sagt. Ein Beispiel gefällig?

Zitat aus seiner Rede vor der Katholischen Akademie in München am 01.12.2014: „Wenn wir das Zwei-Grad-Klima-Ziel nicht erreichen, könnten sich bis zu 200 Millionen Klimaflüchtlinge auf den Weg machen. Wir werden das auch nicht dadurch lösen können, dass wir die Zäune höher ziehen und die Scheinwerfer der Rettungsboote im Meer ausschalten. Nein, wir müssen in Länder wie Irak, Eritrea und Afghanistan investieren.“

Außerdem hat er in letzter Zeit immer wieder einen Marshall-Plan für Nordafrika gefordert. Lieber Gerd Müller, in der SZ-Ausgabe vom 06. Februar werden Sie ja auf Seite 4 in der Rubrik „Profil“ ausführlich gewürdigt. Und dort wird auch der Grundkonflikt in ihrer Politik herausgestellt. Sie haben die Missstände erkannt, Sie stellen die richtigen Forderungen – aber Sie weichen vor der Auseinandersetzung mit der Kanzlerin und vor allem mit Herrn Seehofer und ihrer eigenen Partei, der CSU, zurück. Wir, Ihr ÖDP-Fanclub, erwarten, dass Sie die Auseinandersetzung mit Seehofer suchen und Ihre Forderungen in der Bundesregierung durchsetzen.

Meine Damen und Herren, die ÖDP hat seit ihrer Gründung eine ehrliche und konsequente Bekämpfung der Fluchtursachen in ihrem Programm. Dazu gehören

- Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für die UN-Flüchtlingslager für Syrer im Nahen Osten
- Reduzierung des weltweiten Waffenhandels. Auf dem Bezirksparteitag Oberbayern in Kiefersfelden hat eine Delegierte den Vorschlag unterbreitet, den Umfang des Waffenhandels als Verteilungsschlüssel für die Aufnahme der Flüchtlinge zu verwenden
- Beendigung der Wirtschaftsbeziehungen zu Diktaturen und Überprüfung der Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten, die im begründeten Verdacht stehen, terroristische Organisationen zu unterstützen
- Bekämpfung des sog. "Land-Grabbings", das zur Entrechtung und Verarmung weiter Bevölkerungskreise Afrikas führt
- Abbau bzw. Beendigung der landwirtschaftlichen Dumping-Exporte aus der EU in Entwicklungsländer
- entschiedene und rasche Maßnahmen gegen den weltweiten Klimawandel, der eine der Hauptursachen heutiger und künftiger Migration ist
- Entwicklung von Welthandelsregeln, die nicht den stärksten Ländern noch bessere, sondern den ärmsten Staaten endlich faire Chancen geben

Liebe Parteifreunde, wer vorgibt, Fluchtursachen bekämpfen zu wollen und gleichzeitig Freihandelsabkommen wie CETA, TTIP und TiSA forciert, hat wirklich nichts begriffen. Freihandelsabkommen dienen gerade dem Zweck, den Wohlstandstransfer zugunsten der oberen Zehntausend in dem exklusiven Club der Vertragsstaaten noch zu beschleunigen. Das geht umgekehrt direkt zu Lasten der

Staaten, die auf faire Entwicklungsbedingungen angewiesen sind. Wir brauchen stattdessen Fairhandelsabkommen mit folgendem Inhalt:

- gesetzlich garantierte existenzsichernde Mindestlöhne für alle Arbeitskräfte
- Beachtung der Arbeitsschutzvorschriften der UN-Arbeitsorganisation und
- stetige Verbesserung der Gesetze zum Schutz der Lebensgrundlagen

Meine Damen und Herren, eingangs habe ich behauptet, dass unsere Veranstaltungen eine eigene Qualität haben und vielleicht wird sich der eine oder andere gedacht haben, na, da hat der Landesvorsitzende den Mund doch etwas voll genommen. Jetzt will ich den Beweis für meine Behauptung antreten.

Ich zitiere aus der Rede meines Vorgängers, unseres langjährigen Landesvorsitzenden Bernhard Suttner, anlässlich des politischen Aschermittwochs im Jahr 2011. Nachdem er zuvor die Zusammenarbeit der EU und der Bundesregierung mit den Diktatoren, Despoten und Kleptokraten (Herrscher als Räuber) Nordafrikas kritisiert hatte – es gab damals ganz unglaubliche Projekte wie etwa 2008 das Abkommen von Herrn Sarkozy mit Diktator Gaddafi zum Bau von Atomkraftwerken in Libyen – stellte er im Angesicht des arabischen Frühlings folgende Forderung auf.

Zitat: „Wir Europäer haben heute eine große Aufgabe in Bezug auf Nordafrika. Als Anrainer des Mittelmeeres sind diese Länder unsere unmittelbaren Nachbarn. Wenn es in der Nachbarschaft brennt, hat man nicht nur Mitleid, sondern vor allem auch Angst um sein eigenes Hab und Gut, ja ums eigene Leben. Zusammenhelfen ist da unabdingbar. Jetzt wäre die Stunde für einen wirklichen Marshall-Plan für Nordafrika.“ Zitatende. Müßig zu betonen, dass auch damals wieder einmal eine historische Chance vergeigt wurde.

### **Krise des Kapitalismus:**

Hier will ich mich auf einige Schlagworte beschränken, die die Krise des Kapitalismus beschreiben. Schlagzeile im Wirtschaftsteil der SZ vom 04. Februar: „Kapitalisten zweifeln am Kapitalismus“. Inhalt des Artikels: Grundannahmen des Wirtschaftsmodells funktionieren nicht mehr, in wichtigen Branchen bilden sich immer mehr Monopole und Oligopole. Nächstes Krisensymptom: Das Wachstumsdogma. Das sog. Stabilitätsgesetz von 1967, das eine staatliche Verpflichtung zu stetigem Wachstum beinhaltet, ist noch immer gültig. Ganz zu schweigen davon, dass alle EU-Verträge wie selbstverständlich von einem Hauptzweck ausgehen: Die EU ist dazu da, Wachstumssicherung und Wachstumsförderung zu betreiben. Übrigens, auch die Grünen haben ein ungeklärtes Verhältnis zum Problem Wachstum: Einerseits wollen sie ein "neues", "grünes" Wachstum, Stichwort „Green New Deal“, freuen sich in Gestalt der Baden-Württembergischen Landesregierung, insbesondere in Person von Ministerpräsident Kretschmann, aber auch über das alte Wachstum von Daimler und Porsche. Und weil wir gerade bei den Grünen Baden-Württemberg sind. Es ist natürlich eine ausgemachte demokratiethoretische Schweinerei, wenn der grüne Landesverband im Dezember 2015 100.000.- € von Südwestmetall einstreicht. In dem Verband sind namhafte Waffenhersteller Mitglied wie Heckler&Koch, Diehl Defence und MTU. Ein Weihnachtsgeschenk des Friedens war diese Gabe jedenfalls nicht, auch wenn sie in der Weihnachtszeit erfolgt ist. Zurück zum Wachstumsmantra. Die Konsequenz des Wachstumsdogmas: Wir plündern die Energie- und Rohstofflager in immer schnellerem Tempo und wandeln sie in feste,

flüssige und gasförmige Abfälle um. Insbesondere die Belastung der Atmosphäre mit Gasen aller Art macht Probleme - Stichwort Klimawandel, Klimakatastrophe. Diese Form des Vulgär-Kapitalismus ist vielfach verbunden mit sozialen Ungerechtigkeiten. Die Schere der Vermögensverhältnisse geht immer weiter auseinander, sowohl zwischen den so genannten Entwicklungsländern und den Industrienationen als auch innerhalb der Staaten, das gilt übrigens auch für die Bundesrepublik. Sie erinnern sich vielleicht: Vor kurzem ist eine Studie der Hilfsorganisation Oxfam erschienen. Danach besitzen 62 Superreiche zusammen genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Auch wenn diese Zahlen kritisiert wurden, die Tendenz stimmt und die Ungleichheit nimmt weiter zu.

Soweit die Krisenbeschreibung. Unser Gastredner Christian Felber stellt seine Ausführungen unter den Titel „Die Gemeinwohlökonomie – der Weg aus der Dauerkrise?“ Wir sind gespannt auf seinen Vortrag. Jetzt darf ich Ihnen Christian Felber noch kurz vorstellen.

### **Vorstellung unseres diesjährigen Gastredners, Christian Felber:**

Man könnte meinen, dass bei einem, der in Salzburg geboren ist, zwei Dinge unvermeidlich sind: Musikstudium und eine kapitalfreundliche Auffassung von Wirtschaft mit lebenslanger Mitgliedschaft in der Bussi Bussi Gesellschaft, in Österreich/Bayern sagt man da glaub ich die Adabeis dazu (die auch dabei sind). Aber die Kindheit im Salzburger Seeland und eine Neigung zur Himbeer- und Forellenzucht scheinen da eine gesunde Natürlichkeit gefördert zu haben.

Hola (sprich ola! H wird nicht gesprochen) Christian. Bienvenido a Landshut y (i) a ÖDP! Auch wenn uns das allen spanisch vorkommt, so ist es für den Herrn Magister, der romanische Philosophie und Spanisch als Hauptfach hatte, ein vertrauter Klang. Zumindest wäre er das, wenn ich es g'scheid ausgesprochen hätte.

Sie merken schon, die ÖDP Bayern hat auch dieses Jahr wieder einen sehr weltoffenen und vielseitig begabten Hauptredner gewinnen können. Wir freuen uns sehr, den Vordenker der Gemeinwohl-Ökonomie, Christian Felber, zum Politischen Mittwoch der ÖDP Bayern hören zu dürfen. Neben seiner Tätigkeit als Publizist und Autor ist er auch Dichter und reist durchs Land als zeitgenössischer Tänzer und Performer. Vor 15 Jahren hat er ATTAC Österreich mit aufgebaut.

2010 initiierte er die Gemeinwohl-Ökonomie und leitet den Gründungsverein noch heute. Auch die Bank für Gemeinwohl hat er mit geboren. Für seine wirtschaftlichen Visionen einer gerechten Welt erhielt er weltweit zahlreiche Preise. Seine Bücher und Vorträge sind beliebt und begehrt.

Die ÖDP hat sich der Idee der Gemeinwohl- Ökonomie ebenso verschrieben. Für mich persönlich muss ich noch mit Christian Felber klären, was an einer Himbeer- und Forellenzucht so aufregend sein kann und wie sie sich mit einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaft vereinbaren ließe.

Ich bin mir ganz sicher, dass wir heute mit Christian Felber einen Pionier für eine bessere Welt hören werden. Wir ÖDP-ler verstehen uns auch als Pioniere und haben so manches bewegt. Bewegen wird uns heute, dass wir mit neuen Inspirationen und in der Gewissheit bestärkt werden, dass sich nicht nur etwas ändern muss, sondern es sich auch zum Besseren wenden wird.

Muchas gracias, Christian Felber. Estamos encantados. Wir freuen uns sackrisch, wäre die bayerische Übersetzung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

F.d.R.  
Klaus Mrasek